



**Europäisches Medienrecht –
der NEWSLETTER**

Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken/Brüssel

Sonderausgabe für die Medientage München 2015

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit der vorliegenden Sonderausgabe unseres Newsletters wollen wir Ihnen, liebe Besucher und Teilnehmer der diesjährigen **Medientage München** anlässlich unseres gemeinsam mit der BLM erstmalig durchgeführten **Europatags** einen kurzen Überblick über aktuelle und relevante Entwicklungen des Medienrechts in Europa zur Verfügung stellen. Mitglieder des EMR finden im monatlich erscheinenden Newsletter eine Auswahl der Themen, die wir regelmäßig für verschiedene Auftraggeber aufarbeiten: Beginnend bei Entwicklungen auf europäischer Ebene, über Gerichtsentscheidungen und Gesetzesvorhaben im deutschen Sprachraum bis hin zu medienrechtlichen und medienpolitischen Ereignissen in weiteren europäischen und internationalen Ländern.

Auf folgende Inhalte unserer Sonderausgabe möchten wir Sie besonders aufmerksam machen:

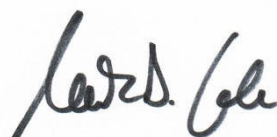
- Das **Urteil** des **EuGH** zum Schutz von **Direktübertragungen** von **Sportveranstaltungen** im **Internet**;
- das **Urteil** des **EGMR** im **Delfi-Rechtsstreit**;
- das **Urteil** des **EGMR** zur **Verurteilung** eines **Journalisten** wegen **Verleumdung**;
- die **Aufhebung** der **Vorinstanzen** durch den **BGH** im Streit um **Einspeiseentgelte**;
- das **Urteil** des **österreichischen VwGH** zur **Rundfunkgebührenpflicht** für **Notebooks**;
- das **Urteil** des **schweizerischen Bundesgerichts** in Lausanne zu der Frage, ob ein **Facebook-Freundeskreis** die **Bevölkerung** darstellt;
- das in **Frankreich** verabschiedete **Geheimdienstgesetz**;
- die **Vorlagefragen** des **britischen High Court of Justice** an den **EuGH** über den **Zugang** zum **Kabel** von **Sendediensten** (Art. 9 InfoSoc-RL).

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre der ausgewählten Beiträge.

Das Direktorium des EMR



Prof. Dr. Stephan Ory
(Direktor)



Prof. Dr. Mark D. Cole
(Wissenschaftlicher Direktor)



Peter Matzneller, LL.M. Eur.
(Geschäftsführer)

Inhalt

EU:	VERGABE VON GENEHMIGUNGEN AN MULTIPLEXBETREIBER LAUT EUGH EUROPARECHTSWIDRIG.....	5
EU:	LAUT EUGH SIND LIVE-STREAMS NICHT NACH EU-RECHT GESCHÜTZT.....	7
EU:	REDA-BERICHT ZUM URHEBERRECHT DURCH RECHTSAUSSCHUSS DES EU- PARLAMENTS BESCHLOSSEN.....	8
COE:	DIE VERURTEILUNG EINES RUMÄNISCHEN SATIRIKERS STELLT EINE VERLETZUNG VON ART 10 EMRK DAR.....	9
COE:	VERURTEILUNG EINES FORENBETREIBERS WEGEN BELEIDIGENDER ÄUßERUNGEN SEINER NUTZER VERSTÖßT NICHT GEGEN ART. 10 EMRK	10
COE:	UNZULÄSSIGE VERURTEILUNG EINER JOURNALISTIN AUFGRUND IHRER VERDACHTSBERICHTERSTATTUNG.....	11
COE:	EGMR PRÜFT MENSCHENRECHTSVERSTÖßE DURCH MASSENÜBERWACHUNG DES GCHQ	12
DE:	VERFASSUNGSWIDRIGE DURCHSUCHUNG IN REDAKTIONEN UND WOHNUNGEN VON JOURNALISTEN.....	14
DE:	BGH HEBT URTEILE DER VORINSTANZEN IM STREIT UM DIE EINSPEISEENTGELTE AUF	16
AL:	PARLIAMENT VOTES TO COMPLETE THE STEERING COUNCIL OF PUBLIC BROADCASTER.....	17
AT:	ÖSTERREICHISCHER VWGH VERNEINT RUNDFUNKGEBÜHRENPFLICHT BEI STREAMING	18
BG:	DIE BULGARISCHE MEDIENAUF SICHT ENTSCHIEDET ÜBER DIE VERBREITUNG VON PRIVATEN PROGRAMMEN ÜBER ÖFFENTLICH-RECHTLICHE PLATTFORMEN.....	19
CH:	FACEBOOK-FREUNDESKREIS IST NICHT DIE „BEVÖLKERUNG“.....	21
CY:	VALIDITY OF TEMPORARY TV LICENCES EXTENDED FOR ONE MORE YEAR	22
CZ:	LARGE FINE FOR M7 GROUP IN CZECH REPUBLIC	23
ES:	SPANISCHE RUNDFUNKAUFSICHTSBEHÖRDE STELLT VERSTÖßE GEGEN WERBEVORSCHRIFTEN FEST	24
FR:	THE FRENCH INTELLIGENCE BILL APPROVED BY PARLIAMENT	25
HR:	CEM ADOPTS NEW RULES ON THE PROTECTION OF MINORS IN ELECTRONIC MEDIA ...	26
HU:	NMHH IMPOSES FINE ON MAGNAR TELEKOM.....	27
IE:	HIGH COURT VERPFLICHTET UCP ZUR EINFÜHRUNG DER THREE-STRIKES REGEL.....	28
LT:	THE LITHUANIAN AUDIOVISUAL AUTHORS AND PRODUCERS RIGHTS ASSOCIATION IMPLEMENTED THE LITHUANIAN FILM FOUNDATION	29
ME:	PUBLIC SERVICE BROADCASTER IN SEARCH FOR STABLE FINANCING.....	30
RO:	REGULATIONS ON THE STATUS OF ORPHAN WORKS	31
RS:	DIGITAL SWITCH OVER COMPLETED.....	33
SK:	NEW COPYRIGHT ACT ADOPTED	35
UK:	HIGH COURT OF JUSTICE WENDET SICH MIT EINER VORLAGEFRAGE ZU ZUGANG ZUM KABEL VON SENDEDIENSTEN (ART. 9 INFOSOC-RL) AN DEN EUGH.....	36
US:	COURT OF APPEALS RULES NSA PROGRAM ILLEGAL	37
UZ:	NEUES E-COMMERCE GESETZ VERABSCHIEDET	38

EU: Vergabe von Genehmigungen an Multiplexbetreiber laut EuGH europarechtswidrig

Mit Urteil vom 23.4.2015 hat der EuGH im Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen die Republik Bulgarien (Rechtssache C-376/13, ECLI:EU:C:2015:266) festgestellt, dass Bulgarien bei der Vergabe von Genehmigungen an zwei Multiplexbetreiber Verpflichtungen aus der Genehmigungsrichtlinie 2002/20/EG, der Rahmenrichtlinie 2002/21/EG und der Wettbewerbsrichtlinie 2002/77/EG für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste nicht erfüllt hat. Der Gerichtshof bestätigt mit seinem Urteil die in der Klageschrift formulierten Verstöße gegen die europäischen Richtlinien. Die Klage wurde von der Europäischen Kommission erhoben, nachdem Bulgarien im Vorverfahren die Vertragsverletzung nicht abgestellt hatte.

Bulgarien begann mit der Digitalisierung des terrestrischen Rundfunks im Jahr 2009 durch die Verabschiedung eines Digitalisierungsplanes und durch die Einführung von Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes über die elektronische Kommunikation und des Rundfunkgesetzes. Aufgrund der neuen Vorschriften hat die Bulgarische Kommission zur Regulierung der Kommunikation am 5. Juni 2009 zunächst die Genehmigung für zwei Bedeckungen (MFNs) dem Betreiber Tawercom Bulgaria EAD und am 22. Juni 2009 die Genehmigung für weitere drei Bedeckungen dem Betreiber Hannu Pro Bulgaria EAD für die Dauer von 15 Jahren erteilt.

Dabei habe Bulgarien laut der Klageschrift der Kommission Verpflichtungen aus den europäischen Richtlinien nicht erfüllt. Die Zahl der Unternehmen, die Funkfrequenzen für die digitale terrestrische Verbreitung zugeteilt und Genehmigungen für die Erbringung der entsprechenden elektronischen Kommunikationsdienste erteilt bekommen können, sei durch die Vorschrift des § 5a Abs. 1 und 2 der Übergangs- und Schlussvorschriften des Gesetzes über die elektronische Kommunikation, auf zwei Multiplexbetreiber beschränkt worden. Hierdurch verstoße Bulgarien gegen die Anforderungen des Art. 2 Abs. 1 der Wettbewerbsrichtlinie. Beschränkungen für die Teilnahme an diesen Genehmigungsverfahren, die Anbietern von Fernsehinhalten auferlegt werden, seien in Art. 47a Abs. 1 und 2 und in Art. 48 Abs. 3 des gleichen Gesetzes vorgesehen. Dadurch sei Bulgarien Verpflichtungen nach Art. 7 Abs. 3 der Genehmigungsrichtlinie, nach Art. 9 Abs. 1 der Rahmenrichtlinie und nach Art. 2 Abs. 2 und 4 und Art. 4 Abs. 2 der Wettbewerbsrichtlinie nicht nachgekommen. Aufgrund des in Art. 48 Abs. 5 des Bulgarischen Gesetzes geregelte Verbot für die Multiplexbetreiber, elektronische Kommunikationsnetze für die Ausstrahlung von Radio- und Fernsehprogrammen einzurichten, verstoße Bulgarien gegen Art. 7 Abs. 3 der Genehmigungsrichtlinie, Art. 9 Abs. 1 der Rahmenrichtlinie, sowie auch Art. 2 Abs. 2 und Art.4 Abs. 2 der Wettbewerbsrichtlinie.

Die Republik Bulgarien bestritt zunächst die Zulässigkeit der Klage, da das bulgarische Verfassungsgericht die Vorschriften des § 5a und des Art. 48 Abs. 5 des bulgarischen Gesetzes für verfassungswidrig erklärt habe, wodurch sie kein geltendes Recht mehr seien. Darüber hinaus seien Art. 47a und Art. 48 Abs. 3 entsprechend der Empfehlungen der Kommission im Vorverfahren geändert worden. Und zuletzt sei die Eröffnung eines neuen Genehmigungsverfahrens in § 209 der Übergangs- und Schlussvorschriften des Änderungsgesetzes über die elektronische Kommunikation vorgesehen worden.

Trotz der Einwände von bulgarischer Seite hält der Gerichtshof die Klage für zulässig. Bulgarien habe Verpflichtungen nach den europäischen Richtlinien nicht erfüllt, indem es die oben zitierten Vorschriften des Gesetzes über die elektronische Kommunikation angewandt und im Jahr 2009 zwei Genehmigungsverfahren durchgeführt habe. Auch wenn diese Vorschriften nicht mehr gelten oder geändert worden sind, bestünden die Nutzungsrechte über die Funkfrequenzen weiterhin. Somit sei die Vertragsverletzung noch nicht abgestellt. Darüber hinaus sei das neue, gesetzlich ge-

regelte Genehmigungsverfahren unabhängig von der Frage, ob dieses eine für die Abstellung der Vertragsverletzung geeignete Maßnahme darstelle, nicht fristgemäß durchgeführt worden und deswegen könne es nicht in Erwägung gezogen werden.

Im Laufe des Verfahrens unterstrich die Republik Bulgarien noch mal die drei Ziele von öffentlichem Interesse, die die gesetzlichen Regelungen verfolgt hätten – die Gewährleistung eines erfolgreichen Starts der Digitalisierung des terrestrischen Rundfunks, die Sicherstellung der verfassungsrechtlich proklamierten Informations- und Meinungsfreiheit und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Multiplexbetreiber. Die Kommission vertrat die Meinung, dass diese Ziele auch durch weniger einschränkende Regelungen erfüllt werden könnten. Beispielsweise habe Bulgarien denjenigen Multiplexbetreibern, welchen ein erheblicher Teil der Frequenzordnung für einen Zeitraum von 15 Jahren zur Verfügung gestellt wurde, einen Vorsprung verschafft. Dieser Vorsprung reduziere wesentlich die Möglichkeit, dass sich weitere Teilnehmer an dem Markt beteiligen, bzw. dass sie unter den gleichen Bedingungen im Sinne des Art. 1 Abs. 6 der Wettbewerbsrichtlinie tätig werden können.

Das Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-376/13 Europäische Kommission gegen die Republik Bulgarien vom 23. April 2015 ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=163882&pageIndex=0&doclang=BG&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=311673>

Das Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-376/13 Europäische Kommission gegen die Republik Bulgarien vom 23. April 2015 ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=163882&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=311673>

Evgeniya Scherer, Rechtsanwältin und Dozentin, Bulgarien/Deutschland

EU: Laut EuGH sind Live-Streams nicht nach EU-Recht geschützt

Der EuGH hat mit Urteil vom 26.3.2015 (Rs. C-279/13; ECLI:EU:C:2015:199) entschieden, dass für eine Direktübertragung von Sportveranstaltungen im Internet kein Schutz durch die InfoSoc-RL (2001/29/EG) besteht.

In dem zu Grunde liegenden Rechtsstreit hatte der Pay-TV-Sender C More Entertainment gegen einen seiner Kunden geklagt. Der Beklagte hatte auf seiner Webseite einen Link veröffentlicht, über den – unter Umgehung des Bezahlsystems des Pay-TV-Senders – auf die Direktübertragungen von Eishockeyspielen zugegriffen werden konnte.

Der Beklagte wurde von der ersten Instanz aufgrund von Urheberrechtsverletzungen zu einer Geldstrafe und zu Schadensersatz verurteilt. Die zweite Instanz stellte fest, dass der Pay-TV-Sender an den Übertragungen keine Urheberrechte sondern verwandte Schutzrechte innehat und verurteilte den Beklagten zur Zahlung einer höheren Geldstrafe, gleichzeitig aber zur Zahlung eines geringeren Schadensersatzes.

Die Klägerin legte Rechtsmittel beim Högsta domstol (Oberster Gerichtshof Schwedens) ein, mit dem Ziel, als Inhaberin von Urheberrechten anerkannt zu werden und einen höheren Schadenersatz zugesprochen zu bekommen. Das Gericht setzte das Verfahren aus und legte dem EuGH ein Vorabentscheidungsersuchen vor.

Nach Ansicht des Gerichts sieht die streitentscheidende schwedische Regelung keine Beschränkung des Schutzes auf eine Zugänglichmachung „auf Abruf“ vor. Nach schwedischem Recht lägen demnach weiterreichende verwandte Schutzrechte als in Art. 3 Abs. 2 der InfoSoc-RL vor. Der Oberste Gerichtshof Schwedens stellte aufgrund dessen die Frage, ob es gegen EU-Recht verstößt, wenn mitgliedstaatliche Regelungen ein über die in Art. 3 Abs. 2 der InfoSoc-RL genannten Handlungen hinausgehendes Ausschließlichkeitsrecht vorsehen.

Der Gerichtshof führte zu dieser Frage aus, dass gemäß Art. 3 Abs. 2 Buchst. d der InfoSoc-RL die Mitgliedstaaten den Sendeunternehmen das ausschließliche Recht gewähren müssen, es zu erlauben oder zu verbieten, dass der Schutzgegenstand in einer Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, die den Nutzern einen Abruf von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl ermöglicht. Dies sei jedoch bei Direktübertragungen über das Internet, wie den im Ausgangsverfahren in Rede stehenden, nicht der Fall. Bei einer Live-Übertragung eines Sportereignisses sei eine zeitliche Wahl des Nutzers nicht gegeben.

Art. 3 Abs. 2 der InfoSoc-RL stehe aber einer nationalen Regelung, welche das Ausschließlichkeitsrecht auf Handlungen der öffentlichen Wiedergabe in Form von Direktübertragungen von Sportveranstaltungen über das Internet erweitert, nicht entgegen, sofern eine solche Ausdehnung den Schutz der Urheberrechte nicht beeinträchtigt.

Das Urteil des EuGH ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=163250&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=32486>

Katrin Welker

EU: Reda-Bericht zum Urheberrecht durch Rechtsausschuss des EU-Parlaments beschlossen

Der nun vom Rechtsausschuss des EU-Parlaments abgeänderte und beschlossene, allerdings noch nicht veröffentlichte Bericht zur Evaluation der Urheberrechtsrichtlinie sieht einen Handlungsbedarf zur Änderung der Richtlinie. Die zuständige Berichterstatterin Julia Reda hatte bereits im Januar 2015 einen Berichtsentwurf zur Evaluation der Urheberrechtsrichtlinie (2001/29/EG) vorgelegt (s. MMR-Aktuell 2015, 366692). In der Sitzung des Rechtsausschusses am 16.6.2015 wurde nun über 556 Änderungsanträge und 23 Kompromissvorschläge abgestimmt.

Der Bericht fordert in seiner jetzigen Fassung unter anderem die Abschaffung des Geoblockings. Hierbei handelt es sich um eine Technik, die es ermöglicht, Inhalte in bestimmten Ländern zuzulassen und in anderen zu sperren. Der Bericht fordert ebenfalls die teilweise Abschaffung der Panoramafreiheit. Die Panoramafreiheit ermöglicht es, urheberrechtlich geschützte Werke, die von öffentlichen Verkehrswegen aus einsehbar sind, wie beispielsweise Bauwerke, ohne Einwilligung des Rechteinhabers bildlich wiederzugeben. Der Bericht sieht nun einen Genehmigungsvorbehalt der Rechteinhaber für die kommerzielle Verwendung von Reproduktionen solcher Werke vor.

Erwähnenswert ist auch, dass der Bericht keine Einführung eines europäischen Leistungsschutzrechts vorsieht, wie es beispielsweise bereits in Deutschland (MMR-Aktuell 2013, 343382) und Spanien (MMR-Aktuell 2014, 363606) eingeführt wurde und derzeit in Österreich zur Diskussion steht. Ebenfalls nicht in den Bericht aufgenommen wurde das sogenannte erweiterte Zitatrecht. Hiernach sollte das geltende Zitatrecht auch auf audiovisuelle Inhalte Anwendung finden und nicht auf Inhalte im Textformat beschränkt bleiben.

Weitere Informationen zum Reda-Bericht sind abrufbar unter:

<http://irights.info/artikel/rechtsausschuss-des-eu-parlaments-stimmt-fuer-reda-bericht-zum-urheberrecht/25764>

Ass. iur. Gianna Iacino, LL.M.

CoE: Die Verurteilung eines rumänischen Satirikers stellt eine Verletzung von Art 10 EMRK dar

Mit Urteil vom 7.7.2015 (Beschw.-Nr. 25217/06) hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Fall *Morar v. Rumänien* entschieden, dass die Verurteilung wegen Verleumdung eines rumänischen Journalisten eine Verletzung seiner Rechte aus Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) darstellt.

Der Beschwerdeführer hat im Zusammenhang mit dem rumänischen Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2004 mehrere Artikel über den politischen Berater eines Präsidentschaftskandidaten in einem wöchentlichen Satiremagazin veröffentlicht. In diesen Artikeln stellte der Beschwerdeführer den politischen Berater als Spion dar, der zudem Geldwäsche betreibt.

Der politische Berater zeigte den Journalisten wegen Verleumdung an und verlangte Schadenersatz. Die Vorinstanz wies die Klage ab. Die Berufung gegen das abweisende Urteil war jedoch erfolgreich. Das rumänische Bezirksgericht verurteilte den Journalisten wegen bedingt vorsätzlicher Verleumdung zur Zahlung eines Bußgelds und zur Zahlung von Schadenersatz an den Kläger. Der Journalist sah in seiner Verurteilung eine Verletzung seines in Art. 10 EMRK geschützten Rechts auf freie Meinungsäußerung und wandte sich an den EGMR.

Das Gericht entschied, dass die Verurteilung des Beschwerdeführers eine Verletzung von Art. 10 EMRK darstellt. Die Möglichkeit der Verurteilung sei zwar grundsätzlich gegeben und der Eingriff in die Meinungsfreiheit des Journalisten sei auch aus einem legitimen Grund, nämlich dem „Schutz der Privatsphäre eines anderen“ erfolgt. Jedoch sei die Verurteilung unverhältnismäßig und damit „in einer demokratischen Gesellschaft nicht notwendig“ gewesen.

Der EGMR stufte den Beschwerdegegner aufgrund seiner Tätigkeit als politischer Berater eines Präsidentschaftskandidaten als Person des öffentlichen Lebens ein. Zudem seien die Artikel des Beschwerdeführers im charakteristischen Stil der Satire gehalten. Die Veröffentlichungen hätten sich zwar einer unangemessenen Sprache bedient, bewegten sich aber aus den vorgenannten Gründen in den Grenzen zulässiger Übertreibung und Provokation.

Das Urteil des EGMR vom 7.7.2015 – Beschw.-Nr. 25217/06 ist in französischer Sprache abrufbar unter:

[http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-155808#{%22itemid%22:\[%22001-155808%22\]}](http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-155808#{%22itemid%22:[%22001-155808%22]})

Ass. iur. Gianna Iacino, LL.M.

CoE: Verurteilung eines Forenbetreibers wegen beleidigender Äußerungen seiner Nutzer verstößt nicht gegen Art. 10 EMRK

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat mit Urteil vom 16.6.2015 entschieden, dass die Verurteilung eines Forenbetreibers zu Schadenersatz, wegen einer in seinem Forum durch einen Nutzer getätigten beleidigenden Äußerung, keinen Verstoß gegen Art. 10 EMRK darstellt (Delfi AS v. Estonia, Application no. 64569/09).

Im zugrunde liegenden Fall wurde der Kläger in einem Online-Forum des Nachrichtenportals Delfi aus Estland in anonymen Kommentaren, die Hetze und direkte Drohungen mit körperlicher Gewalt enthielten, beleidigt. Der Portalbetreiber Delfi hatte die Inhalte erst nach Aufforderung durch die Anwälte des Klägers entfernt. Das nationale Gericht hat entschieden, dass Delfi insofern verantwortlich für die streitgegenständlichen Inhalte ist, als dass der Betreiber eine entsprechende Filtersoftware verwendete. Den Beklagten hätte daher die Verpflichtung getroffen, die Kommentare auch ohne einen Hinweis durch den Kläger zu entfernen. Aus der Verletzung dieser Pflicht folgte nach Ansicht des nationalen Gerichts der geltend gemachte Schadenersatzanspruch des Klägers in Höhe von 320 EUR. Der Portalbetreiber hat gegen dieses Urteil wiederum vor dem EGMR Klage eingereicht, da er sich in seiner Meinungsfreiheit verletzt sah.

Der EGMR entschied nun, dass das nationale Urteil den Portalbetreiber nicht in seiner Meinungsfreiheit aus Art. 10 EMRK verletzt. Zwar schränke das Urteil den Portalbetreiber in seiner Meinungsfreiheit ein, dies allerdings in berechtigter und angemessener Art und Weise. Delfi habe die Beiträge der Nutzer in seinem Forum durch seine technische Ausstattung kontrollieren, nach bestimmten Begriffen filtern und mithilfe eines Warnsystems anderen Nutzern die Möglichkeit einräumen können, die Administratoren des Forums über rechtswidrige Inhalte zu informieren. Daher habe der Portalbetreiber durchaus zu einer früheren Löschung der beleidigenden Kommentare verpflichtet sein und bei einer Verletzung dieser Pflicht zur Zahlung eines Schadenersatzes verurteilt werden können. Hierfür sprach nach Ansicht der Richter auch, dass solche Löschungen in anderen Fällen auch ohne einen Hinweis durch die Betroffenen erfolgt waren. Eine generelle Pflicht zur Überprüfung aller Kommentare wurde vom EGMR hingegen als unangemessene Einschränkung der Meinungsfreiheit ebenso verneint, wie die Gültigkeit des Urteils für andere Portale oder Online-Netzwerke.

Das Urteil ist online abrufbar unter:

<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-155105#>

Tobias Raab

CoE: Unzulässige Verurteilung einer Journalistin aufgrund ihrer Verdachtsberichterstattung

Mit Urteil vom 2.6.2015 – Beschw.-Nr. 54145/10 – hat der EGMR im Fall „Erla Hlynsdottir gegen Island (Nr. 3)“ einstimmig entschieden, dass die strafrechtliche Verurteilung einer isländischen Journalistin aufgrund ihrer Verdachtsberichterstattung einen Verstoß gegen Art. 10 EMRK darstellt.

Die Beschwerdeführerin veröffentlichte im Juli 2007 einen Zeitungsartikel über mehrere Strafverfahren, die gegen einen mutmaßlichen Verdächtigen im Kokainhandel liefen. Unter der Schlagzeile: „erschreckter Kokainschmuggler“ gab die Journalistin eine Darlegung der Tatsachen aus der Anklageschrift wieder, in der es u.a. hieß, das Kokain sei in einem Auto versteckt gewesen. Nach seinem Freispruch leitete der Verdächtige eine Verleumdungsklage gegen die Journalistin und den Herausgeber der Zeitung ein. Nachdem die Vorinstanz den Beklagten Recht gegeben hatte, hob der Oberste Gerichtshof Islands die Entscheidung erster Instanz auf und verurteilte die Beklagten zur Zahlung von Schadensersatz für den verursachten immateriellen Schaden durch die Bezeichnung „Kokainschmuggler“ und die Aussage „... es bestehe der Verdacht, dass das Kokain noch im Auto sei“. Gegen diese Entscheidung legte die Journalistin Individualbeschwerde beim EGMR wegen Verletzung von Art. 10 EMRK ein.

Der EGMR urteilte, dass die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Island eine Verletzung von Art. 10 EMRK darstellt. Das nationale Gericht habe bei der Verurteilung der Journalistin – auch unter Berücksichtigung des Ermessensspielraums des Mitgliedstaates – keinen gerechten Interessenausgleich hergestellt. Zwar seien die vorgebrachten Argumente relevant, aber nicht ausreichend, um die Einschränkung der Meinungsfreiheit der Beschwerdeführerin zu rechtfertigen. Der EGMR stellte fest, dass es sich bei der Verurteilung zwar um einen gesetzlich vorgesehenen Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung handelt und dass der Oberste Gerichtshof Islands die notwendige Interessenabwägung zwischen der Meinungsfreiheit und dem Recht des Betroffenen auf Achtung seines Privatlebens grundsätzlich vorgenommen hat. Es sei aber zu prüfen, ob dieser Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung in einer demokratischen Gesellschaft notwendig i.S.v. Art. 10 Abs. 2 EMRK sei. Laut EGMR ist die Verdachtsberichterstattung über Ermittlungen in Drogenfällen von großem Interesse für die Öffentlichkeit. Zudem habe die Journalistin die Anklageschrift zitiert und sie habe dabei keinen Grund gehabt, zu glauben, dass es sich hierbei nicht um eine zuverlässige Quelle handelt. Insoweit habe das Recht der Journalistin auf freie Meinungsäußerung im Rahmen der Interessenabwägung mit dem Recht des Betroffenen auf Achtung seines Privatlebens zu überwiegen. Es bestehe allerdings keine eindeutige Verbindung zwischen der Schlagzeile und dem Artikeltext der Journalistin. Für die Schlagzeile sei jedoch allein der Herausgeber verantwortlich und demzufolge sei er zur Zahlung von Schadensersatz verpflichtet.

Das Urteil des EGMR ist in englischer Sprache abrufbar unter:
[http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-155005#{%22itemid%22:\[%22001-155005%22\]}](http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-155005#{%22itemid%22:[%22001-155005%22]})

Cristina Bachmeier, LL.M.

CoE: EGMR prüft Menschenrechtsverstöße durch Massenüberwachung des GCHQ

Zehn Menschenrechtsorganisationen haben vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Beschwerde gegen das Vereinigte Königreich wegen der Überwachung ihrer Kommunikation durch den britischen Geheimdienst Government Communications Headquarters (GCHQ) eingelegt. Die Beschwerde richtet sich zum einen gegen das massenhafte Abhören, Speichern und Verarbeiten von Kommunikationsinhalten und -verkehrsdaten (sog. Metadaten) durch das von Edward Snowden aufgedeckte GCHQ-Programm TEMPORA. Zum anderen greift sie den Empfang und die weitere Nutzung von Daten aus den vom US-amerikanischen Geheimdienst National Security Agency (NSA) betriebenen Programmen PRISM und UPSTREAM an.

Die Beschwerdeführer, unter ihnen Amnesty International, die American Civil Liberties Union (ACLU) und Privacy International, machen hinsichtlich beider Sachverhalte eine Verletzung der Rechte auf Achtung des Privatlebens und auf Meinungsfreiheit (Art. 8 und 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention, EMRK) geltend. Darüber hinaus verletzten die unterschiedlich starken Schutzvorkehrungen, die bei der Überwachung von Personen innerhalb und außerhalb des UK Anwendung fänden, das Diskriminierungsverbot in Art. 14 EMRK. Schließlich sei durch das Verfahren, das die Beschwerdeführer zuvor vor dem einzigen dafür zuständigen nationalen Spruchkörper, dem Investigatory Powers Tribunal (IPT) geführt hatten, gegen das Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6 EMRK) verstoßen worden, u. a. weil die Beschwerdeführer von Geheimverhandlungen mit den Beschwerdegegnern ausgeschlossen waren.

In Hinblick auf die Verletzung von Art. 8 und 10 EMRK brachten die Beschwerdeführer vor, die Eingriffe der streitgegenständlichen Datenverarbeitungsvorgänge in diese Rechte entsprächen nicht den Eingriffsschranken in Art. 8 Abs. 2 bzw. Art. 10 Abs. 2 EMRK: Zum einen seien weder TEMPORA noch der Empfang und die Nutzung von Daten aus PRISM und UPSTREAM „gesetzlich vorgesehen“ im Sinne dieser Vorschriften.

Dem gesetzlichen Rahmen für TEMPORA, der sich hauptsächlich im Regulation of Investigatory Powers Act 2000 (RIPA) findet, mangle es insbesondere an angemessenen Bestimmungen zum Schutz der von der Überwachung Betroffenen. Selbst wenn derartige Schutzvorkehrungen in internen Anordnungen des GCHQ vorgesehen seien, genüge dies nicht, da solche Anordnungen keine Gesetzesqualität hätten und überdies nicht öffentlich zugänglich seien. Dasselbe gelte auch hinsichtlich der Kriterien für die Überwachung der Auslandskommunikation durch TEMPORA, die lediglich in internen, nicht öffentlich zugänglichen Anordnungen geregelt seien und deshalb auch jederzeit geändert werden könnten.

Hinsichtlich der Übermittlung von Daten aus PRISM und UPSTREAM fehle es an konkreten gesetzlichen Vorgaben, wann ausländische Geheimdienste um die Überwachungsmaßnahmen bzw. um Zugang zu Daten aus Überwachungsvorgängen ersucht werden könnten. Auch für die weitere Verarbeitung dieser Daten durch die Geheimdienste gebe es keine gesetzlichen Bestimmungen.

Zum anderen seien die Eingriffe durch TEMPORA auch nicht „in einer demokratischen Gesellschaft notwendig“ im Sinne von Art. 8 Abs. 2 und Art. 10 Abs. 2 EMRK. Section 8 Abs. 4 RIPA, auf dessen Grundlage die Anordnungen zur Überwachung der Auslandskommunikation ergehen, erfordere nämlich keine personelle oder geographische Eingrenzung der zu überwachenden Kommunikationen. Darüber hinaus sei eine vorherige richterliche Genehmigung nicht erforderlich; die nachträgliche Aufsicht durch den Interception of Communications Commissioner, das IPT und das Intelligence and Security Committee sei lückenhaft.

Mit Blick auf Art. 10 EGMR machten die Beschwerdeführer ferner geltend, dass sie als Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit Angelegenheiten des öffentlichen Interesses beschäftigt und daher eine Funktion ähnlich der der Presse wahrnahmen. Daher müssten ihre Kommunikationen mit Informanten auch in gleichem Maße durch einen Richtervorbehalt vor Überwachung geschützt sein, wie dies nach der Rechtsprechung des EGMR zum journalistischen Quellenschutz erforderlich ist. Dies sähen die gesetzlichen Vorschriften aber nicht vor.

Die Beschwerde vor dem EGMR wurde eingereicht, nachdem eine diesbezügliche Beschwerde vor dem IPT mit Entscheidung vom 5.12.2014 abgelehnt worden war. Das IPT hatte die gesetzlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit öffentlichen Bekanntgaben der Beschwerdegegner zu ihren Überwachungspraktiken im Rahmen der Verhandlung als ausreichend angesehen, um eine Verletzung der EMRK zu verneinen. In einem zweiten Urteil vom 6.2.2015 hatte das IPT allerdings entschieden, dass die Vorgehensweise beim Austausch von Daten aus PRISM und UPSTREAM vor diesen öffentlichen Bekanntgaben gegen Art. 8 und 10 EMRK verstoßen hatte.

Es wird erwartet, dass der Fall nun gemeinsam mit einer anderen von NGOs eingereichten Beschwerde verhandelt wird, die dem EGMR seit 4.9.2013 zur Entscheidung vorliegt, jedoch mit Blick auf das noch laufende IPT-Verfahren vorübergehend ausgesetzt worden war.

Eine Darstellung der Beschwerdegründe ist in englischer Sprache abrufbar unter:

<https://www.amnesty.org/download/Documents/IO6014152015ENGLISH.PDF>

Das Urt. des IPT v. 5.12.2014 ist in englischer Sprache abrufbar unter:

http://www.ipt-uk.com/docs/IPT_13_168-173_H.pdf

Das Urt. des IPT v. 6.2.2015 ist in englischer Sprache abrufbar unter:

http://www.ipt-uk.com/docs/Liberty_Ors_Judgment_6Feb15.pdf

Eine Darstellung des Sachverhalts der 2013 eingereichten Beschwerde ist in englischer Sprache abrufbar unter:

<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-140713>

Rechtsanwalt Sebastian Schweda

DE: Verfassungswidrige Durchsuchung in Redaktionen und Wohnungen von Journalisten

Mit den Beschlüssen vom 13.7.2015 – 1 BvR 1089/13, 1 BvR 1090/13 und 1 BvR 2480/13 – hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, dass die Redaktionen oder Wohnungen von Journalisten nicht durchsucht werden dürfen, wenn es vorrangig darum geht, den Verdacht von Straftaten durch Informanten aufzuklären.

Im vorliegenden Fall wandten sich ein Journalist sowie ein Zeitungsverlag mit ihren Verfassungsbeschwerden gegen die strafprozessuale Durchsuchung der Redaktionsräume und der Privatwohnung des Pressevertreters.

Anlass der Strafverfolgung war eine Recherche. Der Journalist reiste dazu zusammen mit einem Polizeioberkommissar im Frühjahr 2011 nach Amsterdam, um über das Verschwinden zweier Kinder in den 1990er Jahren zu recherchieren. Der Kommissar erstellte später an die Chefredaktion eine Rechnung, die mit den Worten „Wegen der Konspirativität in dieser Sache bitte ich um Barauszahlung“ endete. Auf diese Rechnung stießen die Behörden im Rahmen von Ermittlungen gegen den Beamten wegen Geheimnisverrats. Der Beamte stand im Verdacht eine geplante Razzia der Berliner Polizei im Rockermilieu an Journalisten weitergegeben zu haben. Über die bevorstehende Razzia hatte jedoch nicht der Zeitungsverlag vorab berichtet, sondern ein mit diesem nicht in Zusammenhang stehendes Online-Portal.

Im November 2012 wurden das Redaktionsgebäude sowie die Privatwohnung des Beschwerdeführers wegen des Verdachts der Bestechung durchsucht und verschiedene Datenträger sowie elektronische Geräte (Notebook, Mobiltelefone) beschlagnahmt. Vor der Vollstreckung des Beschlusses wurden allerdings die verfahrensgegenständliche Rechnung sowie Belege über die Flugreise des Beamten von Berlin nach Amsterdam, Mietwagenkosten sowie Kosten für die Unterkunft des Beamten in Amsterdam und Zandvoort überreicht.

Die gegen den Durchsuchungsbeschluss eingelegte Klage verwarfen das Landgericht Berlin und das Amtsgericht als unbegründet, weil die Gegenstände als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein könnten. Dagegen wehrten sich die Beschwerdeführer vor dem BVerfG.

Das Gericht stellte zunächst fest, dass der Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG (die Pressefreiheit) den Schutz vor dem Eindringen des Staates in die Vertraulichkeit der Redaktionsarbeit sowie in die Vertrauenssphäre zwischen den Medien und ihren Informanten umfasst. Eine Durchsuchung erfordere zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat, die den Beschlagnahmeschutz des § 97 Abs. 5 Satz 1 StPO entfallen lässt. Ein bloß allgemeiner Verdacht, dass dienstliche Informationen an die Presse weitergegeben wurden, genügt den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht, so das BVerfG. Weder dem Durchsuchungsbeschluss noch der Beschwerdeentscheidung sei zu entnehmen, für welche Informationen Geld gezahlt worden sein soll. Der Tatbestand der Bestechung verlange jedoch schon einfachrechtlich die Vornahme einer hinreichend konkreten Diensthandlung. Das BVerfG trug weiterhin vor, dass es in Bezug auf die Beschwerdeführer daher an zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkten für eine Straftat mangelt, die den Beschlagnahmeschutz entfallen lässt. Demzufolge sei die Durchsuchung und Beschlagnahme nicht auf einen konkreten Verdacht gegenüber den betroffenen Presseangehörigen gestützt, sondern diene dem vorrangigen oder ausschließlichen Zweck, Verdachtsgründe gegen den Informanten zu finden. Damit widersprüchen die angeordneten Maßnahmen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und seien verfassungswidrig.

Somit hat die 3. Kammer des Ersten Senats des BVerfG den Verfassungsbeschwerden gegen die Durchsuchungsmaßnahmen und Beschlagnahmen stattgegeben. Das Gericht hob die angefochtenen Beschlüsse auf, da diese auf einem Grundrechtsverstoß beruhten. Die Sache wurde an das Landgericht zur erneuten Entscheidung über die Kosten zurückzuverweisen.

Die Beschlüsse des BVerfG sind abrufbar unter:

http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/07/rk20150713_1bvr108913.html;jsessionid=CF4EB67B63B4796B093A0F130ED558D7.2_cid383

http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/07/rk20150713_1bvr248013.html;jsessionid=CF4EB67B63B4796B093A0F130ED558D7.2_cid383

Cristina Bachmeier, LL.M.

DE: BGH hebt Urteile der Vorinstanzen im Streit um die Einspeiseentgelte auf

In dem Streit um die Kabeleinspeisegebühr zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und den Kabelnetzbetreibern (s. MMR MMR-Aktuell 2012, 335546; becklink 1028061; MMR-Aktuell 2015, 369588) hat nun der BGH mit Urteilen vom 16.6.2015 – Az. KZR 83/13 und KZR 3/14 – beide anhängige Verfahren zu den Berufungsgerichten zurückverwiesen.

Die Vorinstanzen hätten keine ausreichenden Feststellungen zu der Frage einer eventuellen Vereinbarung zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur gemeinsamen Kündigung der Einspeiseverträge getroffen. Sollten die Kündigungen aufgrund einer solchen verbotenen Absprache und nicht aufgrund selbstständiger, unternehmerischer Entscheidungen ausgesprochen worden sein, wären die Kündigungen der Verträge entsprechend § 1 GWB nichtig. Andernfalls hätten die Berufungsgerichte zu klären, welche Bedingungen für die Einspeisung und Übertragung der Must-Carry Programme über das Kabelnetz der Klägerin angemessen sind. Abhängig von diesen noch zu treffenden Feststellungen könne entweder eine Pflicht der Kabelnetzbetreiber zur unentgeltlichen Einspeisung oder eine Zahlungspflicht der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bestehen.

Weiterhin hat der BGH festgestellt, dass sich aus den Regelungen des Rundfunkrechts kein Kontrahierungszwang zum Abschluss eines entgeltlichen Einspeisevertrages für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit den Kabelnetzbetreibern ableiten lässt. Die Bestimmungen des Rundfunkrechts sähen lediglich vor, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entsprechend dem ihnen obliegenden Grundversorgungsauftrag die Programmsignale zur Verfügung stellen müssten. Im Gegenzug treffe die Kabelnetzbetreiber im Rahmen der sogenannten "Must-carry"-Regelung des § 52 b Rundfunkstaatsvertrag die Verpflichtung, diese Programmsignale einzuspeisen. Diesem Ergebnis stünden auch keine unions- oder verfassungsrechtlichen Bedenken entgegen, da die Kabelnetzbetreiber nach Ansicht des BGH durch die Einspeisepflicht nicht unzumutbar belastet werden. Vielmehr stellten die von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kostenfrei zur Verfügung gestellten Programmsignale einen erheblichen wirtschaftlichen Wert zur Vermarktung der Kabelanschlussprodukte der Klägerin dar.

Des Weiteren begründe die Weigerung zur Fortführung der entgeltlichen Einspeiseverträge auch keinen Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Sinne des § 19 Abs. 2 GWB. Zwar komme den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aufgrund des fehlenden Wettbewerbsverhältnisses mit den Anbietern solcher Programme, die nicht unter die Übertragungspflicht fallen, eine marktbeherrschende Stellung zu. Allerdings liege nicht schon deshalb ein Missbrauch dieser marktbeherrschenden Stellung vor, weil die Kabelnetzbetreiber von privaten Veranstaltern eine Einspeisegebühr erhielten. Auch liege keine unzulässige Diskriminierung dadurch vor, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Gebühren für andere Übertragungswege (per Satellit oder terrestrisch) aufwenden, da sich diese auf die reine Übertragungsleistung beschränkten.

Die Pressemitteilung des BGH ist abrufbar unter:

<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2015&Sort=3&nr=71329&pos=0&anz=97>

Katrin Welker

AL: Parliament votes to complete the steering council of public broadcaster

The Parliament elected five members of the Steering Council of the public broadcaster Radio Televizioni Shqiptar (RTSH) on 30 April 2015. A week later, on 8 May 2015, the parliament also elected the new chair of the Steering Council. The Steering Council of RTSH was completed after disagreements and legal disputes between the opposition and Members of the Parliament representing the ruling majority.

The mandate of all members and chairmen of the Steering Council had expired more than a year ago. However, due to parliamentary deadlock and other disputes, the opposition and ruling majority could not agree on the election process.

The Law stipulates that both sides should cooperate and ideally reach a consensus on the candidates to propose. Article 94 of the Law 97/2013 “On Audiovisual Media in the Republic of Albania” stipulates that the proposed candidates for the Audiovisual Media Authority (AMA) are shortlisted by the Parliamentary Commission on Media. For the selection of an alternate candidate for every post of a member of the Steering Council of the Albanian Radio-Television (ART), the Commission for Education and Means of Public Information shall examine all candidacies put forward by the proposing entities. On the basis of the above-mentioned proposals the administered candidatures shall be subject to exclusion one by one. In any case, the Commission shall keep the balance between five members supported by the majority and five members supported by the opposition. The candidacies should be submitted for vote in the Assembly's plenary session.

After repeated failures to reach an agreement the ruling majority decided to go ahead and elect the first five members on 4 December 2014. The short listing process in the Parliamentary Commission on Media was done only by Members of Parliament representing the ruling majority and the candidates were elected in a plenary session only with ruling majority votes. This led to a dissatisfaction of the opposition, which claimed that this process was illegal, as it was one-sided and lacking the participation of the opposition Members of Parliament.

As a result, the Democratic Party, the main opposition party, filed a lawsuit to the first level of the Administrative Court on 12 January 2015, seeking the court to repeal the decision and to proclaim the whole process invalid. The Democratic Party claimed that the process of election violated the law, since the opposition Members of Parliament had not participated in the short-listing process, as the law required. The Court of Appeals of the first instance ruled against the Democratic Party's request. Afterwards, the Democratic Party decided to stop further pursuing the case and shortlisted five other candidates to be voted for the completion of the Steering Council of RTSH.

The report on the plenary session of 8 May 2015 is available at:

http://www.parlament.al/web/Kuvendi_mblidhet_ne_seance_plenare_20045_1.php?kc=0,0,0,0,0

The report on plenary session of April 30 2015 is available at:

http://www.parlament.al/web/Kuvendi_mblidhet_ne_seance_plenare_19976_1.php?kc=0,0,0,0,0

Law no. 97/2013 “On Audiovisual Media in the Republic of Albania” is available at:

<http://institutemedia.org/Documents/PDF/Law%20on%20Audiovisual%20Media.pdf>

Ilda Londo, Research Coordinator at the Albanian Media Institute

AT: Österreichischer VwGH verneint Rundfunkgebührenpflicht bei Streaming

Mit mittlerweile im Volltext vorliegendem Urteil vom 30.6.2015 hat der österreichische Verwaltungsgerichtshof (Zl. Ro 2015/15/0015) entschieden, dass Notebooks, die lediglich aus dem Internet gestreamte Inhalte empfangen können, keine Rundfunkempfangseinrichtungen sind und somit keine Rundfunkgebührenpflicht auslösen.

Der historische Gesetzgeber habe mit dem Bundesverfassungsgesetz vom 10.7.1974 über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks (BVG-Rundfunk) elektronische Darbietungen über das Internet nicht erfassen wollen. Dies ergebe sich aus einer teleologischen Reduktion von Art. I Abs. 1 BVG-Rundfunk: Gemäß § 2 Z 16 des Audiovisuellen Mediendienste-Gesetzes (AMD-G) umfasse ein Fernsehprogramm nicht nur audiovisuelle Rundfunkprogramme im Sinne des BVG-Rundfunk, sondern auch andere über elektronische Kommunikationsnetze verbreitete audiovisuelle Mediendienste, die für den zeitgleichen Empfang bereitgestellt würden. Nach Ansicht des VwGH wäre diese (zusätzliche) Regelung überflüssig, würde man annehmen, dass auch über elektronische Kommunikationsnetze verbreitete audiovisuelle Mediendienste (mit zeitgleichem Empfang) dem Begriff des Rundfunks im Sinne des BVG-Rundfunk entsprechen. Es sei aber im Allgemeinen nicht anzunehmen, dass der Gesetzgeber Überflüssiges regelt.

„Live-Streaming“ falle daher zwar unter den Begriff „Fernsehprogramm“ im Sinne der AVMD-Richtlinie 2010/13/EU und ebenso unter den Begriff „Fernsehprogramm“ im Sinne des § 1a Z 2 ORF-Gesetz, dennoch erfülle es nicht den Begriff des „Rundfunks“ im Sinne des BVG-Rundfunk. Rundfunkempfangseinrichtungen seien somit lediglich jene Geräte, die „Rundfunktechnologien“ verwenden, also Antenne, Kabelnetze oder Satellit. Dasselbe gelte für Computer, über die z.B. mittels einer TV- oder Radio-Karte oder eines DVB-T-Moduls Rundfunkprogramme empfangen werden können. Verfüge ein Computer aber lediglich über einen Internetanschluss ohne Rundfunktechnologie sei er kein Rundfunkempfangsgerät. Ein Nutzer eines solches Geräts sei kein Rundfunkteilnehmer und daher nicht verpflichtet, Rundfunkgebühren zu entrichten.

Das Urteil des österreichischen VwGH vom 30.6.2015 ist hier abrufbar.
https://www.vwgh.gv.at/medien/ro_2015150015.pdf?4zdiv7

Peter Matzneller, LL.M. Eur.

BG: Die bulgarische Medienaufsicht entscheidet über die Verbreitung von privaten Programmen über öffentlich-rechtliche Plattformen

Am 30.7.2015 hat die bulgarische Medienaufsicht, der Rat für elektronische Medien (CEM), entschieden, dass der Vertrag zwischen dem Generaldirektor des öffentlich-rechtlichen Hörfunkveranstalters BNR und der Anbieterin privater Rundfunkprogramme „Web Radio und TV OOD“ über die Verbreitung von fünf ihrer Hörfunkprogramme über den Internetauftritt des BNR gegen bulgarisches Recht verstößt. Diese Entscheidung wird künftig auch eine wichtige Rolle in Bezug auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen spielen, weil sich die relevanten Vorschriften gleichermaßen auch auf das Bulgarische National Fernsehen (BNT) beziehen.

Das Bulgarische National Radio (BNR) startete am 17.7.2015 eine neue Livestreaming-Plattform auf seiner Internetseite, über die man die 17 öffentlich-rechtlichen Programme des BNR und noch fünf weitere private Programme weltweit hören kann. Laut der Pressemitteilung des BNR ist es das erste Mal, dass in Bulgarien über eine Internet-Plattform ein derart vielfältiges Angebot an Programmen verbreitet wird. Über den Link "Слушай БНР" („Hör BNR“) auf der Internetseite des öffentlich-rechtlichen Anbieters (www.bnr.bg) sind die drei nationalen BNR-Programme „Horizont“, „Hristo Botev“ und „Bulgaria“, sowie weitere acht regionale BNR-Programme zu hören, die auch terrestrisch verbreitet werden. Desweiteren findet man hier sechs Musikspartenprogramme aus dem Internetangebot des BNR (Indi, Duende, Punk Jazz, Folklor, BG Pop, Klassika), sowie die fünf Hörfunkprogramme der privaten Anbieterin „Web Radio und TV OOD“: Digital Radio Smooth, Digital Radio Rock, Digital Radio Pop, Digital Radio DJ und Digital Radio Hip-Hop.

Mit dem Vertrag zwischen dem BNR und „Web Radio und TV OOD“ hat sich CEM während zwei Sitzungen befasst und entschieden, dass der Vertrag nicht mit Artikel 46 und Artikel 47 des bulgarischen Rundfunkgesetzes (RFG) vereinbar ist. Laut Artikel 46 (2) des bulgarischen Rundfunkgesetzes (RFG) können BNR und BNT Verträge über die „Lieferung, Weiterverbreitung und den Austausch von Sendungen und Programmen“ mit anderen Mediendiensteanbietern abschließen. Daneben können BNR und BNT laut Artikel 47 (1) RFG selbstverständlich weiterhin Programme und Sendungen allein oder durch die Beauftragung von unabhängigen Produzenten herstellen oder sich an Gemeinschaftsproduktionen beteiligen. Zum einen mangelt es laut CEM gemäß Artikel 62 Nr. 2 und 3 RFG an der Zustimmung des BNR-Verwaltungsrates zum Vertrag mit der „Web Radio und TV OOD“. Die Zustimmung sei nachzuholen. Außerdem, wie in vergleichbar gewichtigen Fällen, müsse hierzu eine detaillierte, klare und erschöpfende Begründung erfolgen, in der unter anderem dargelegt wird, warum der Inhalt und die Art und Weise seiner Präsentation nicht vom öffentlich-rechtlichen Anbieter selbst mit eigenen technischen, personellen und urheberrechtlichen Ressourcen erfolgen könne. Zum anderen bedürfe es einer Darstellung der Auswahlkriterien für ein privates Partnerunternehmen, sowie der Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der „redaktionellen Unabhängigkeit“ und der „Ex-post-Kontrolle“.

Weiterhin fordert CEM vom BNR, dass er seine internen Regeln über die Teilnahme an Gemeinschaftsproduktionen und Sendungen mit unabhängigen Produzenten, beschlossen auf Grund des Artikels 47 Nr. 4 RFG, aktualisiert und erweitert. Insbesondere seien Regelungen vorzusehen, die die Anforderungen an die „redaktionelle Unabhängigkeit“ und die „Ex-post-Kontrolle“ gewährleisten. Darüber hinaus müsse sichergestellt sein, dass der öffentlich-rechtliche Anbieter nicht zur Etablierung oder werblichen Stärkung der Marke des privaten Anbieters missbraucht wird. Schließlich soll das BNR Regelungen zur Digitalisierung der Tonaufnahmen und des sonstigen kulturellen Erbes des BNR zum Schutze des nationalen kulturellen Gedächtnisses etablieren.

Die Entscheidung des Rates für elektronische Medien Nr. RD-05-105 vom 30.7.2015 (РЕШЕНИЕ РД-05-105 на Съвета за електронни медии от 30 юли 2015) ist in Bulgarischer Sprache abrufbar unter:

<http://www.cem.bg/actbg/5107>

Die Pressemitteilung „BNR Player startet mit 22 Programme“ vom 17.7.2015 (Съобщение за печата: БНР Player стартира с 22 програми от 17 юли 2015) ist in Bulgarischer Sprache abrufbar unter:

<http://bnr.bg/post/100581281/bnr-player-startira-s-22-programi>

Evgeniya Scherer, Rechtsanwältin und Dozentin, Bulgarien/Deutschland

CH: Facebook-Freundeskreis ist nicht die „Bevölkerung“

Das schweizerische Bundesgericht in Lausanne (BGer) hat mit Urteil vom 8.4.2015 (Az.: 6 B _ 256/2014) entschieden, dass eine Drohung gegenüber Facebook-Freunden nicht als "Schreckung der Bevölkerung" bestraft werden kann.

Der Betroffene postete im März 2012 auf seiner Facebook-Seite einen Text adressiert an diejenigen seiner Facebook-Freunde, die ihm nicht zum Geburtstag gratuliert hatten. Er hielt unter anderem fest: „(...) Ich vernichte euch alle, ihr werdet es bereuen (...) jetzt kann euch niemand mehr schützen POW!!!!POW!!!!POW!!!!“ (Original-Post in schweizerdeutscher Mundart).

Dafür wurde er vom Obergericht des Kantons Zürich wegen versuchter „Schreckung der Bevölkerung“ gemäß Art. 258 des schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) zu einer Geldstrafe verurteilt.

Dagegen legte der Betroffene Beschwerde vor dem Bundesgericht ein.

Das BGer befasste sich nicht grundsätzlich mit der Frage, ob eine Äußerung gegenüber Facebook-Freunden als „öffentlich“ oder „privat“ einzustufen ist. Vielmehr sei die Auslegung des Begriffs „Bevölkerung“ entscheidend. Nach allgemeinem Sprachgebrauch und im Sinne von Art. 258 StGB seien darunter die Bewohner eines bestimmten Gebietes zu verstehen bzw. die Gesamtheit der Personen, die sich gleichzeitig an einem bestimmten Ort aufhalten. Der Freundes- und Bekanntenkreis im realen oder virtuellen Leben gelte deshalb nicht als „Bevölkerung“, weil hier ein Bezug zu einem bestimmten Ort fehle.

Somit stellte das Gericht fest, dass der Beschwerdeführer seine Nachricht nicht an die „Bevölkerung“ im Sinne von Art. 258 StGB richtete, indem er die inkriminierte Äußerung an seine rund 290 Facebook-„Freunde“ adressierte.

Der Beschwerde wurde stattgegeben, das Urteil des Obergerichts des Kantons Zürich aufgehoben und die Streitsache zur erneuten Entscheidung an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Das Urteil des BGer vom 8.4.2015 (Az.: 6B_256/2014) ist abrufbar unter:
<http://www.bger.ch/index/jurisdiction/jurisdiction-inherit-template/jurisdiction-recht/jurisdiction-recht-urteile2000.htm>

Cristina Bachmeier, LL.M.

CY: Validity of temporary TV licences extended for one more year

On 26 June 2015, the law 94(I)/2015 amending the Law 7(I)/1998 on Radio and Television Organisations was published in the Official Gazette. It extends the validity of TV licences for all operating service providers for one more year. Following the switch-over to digital television on 1 July 2011, then existing licences for analogue transmission were replaced by temporary licences for digital transmission valid until 30 June 2012. Since then, due to pending amendments to the basic law 7(I)/1998 to respond to the conditions of the new environment and to make possible the issuance of permanent licences, temporary ones have been renewed each year for one more year. Thus, the validity of the temporary TV licences is extended until 30 June 2016.

With the same amending law, temporary licences to legal entities of public law are also extended for one year, even in the case that they do not fulfil the requirements set by law. This applies to the Cyprus Telecommunications Authority (Αρχή Τηλεπικοινωνιών Κύπρου – CYTA), a semi-governmental telecommunication organisation that operates IPTV as well. Its capital share and structure deviates from the model set in the basic law and in 2011 a special provision was introduced into law to accommodate it and enable its operation in the digital environment.

A provision is also made in the amending law that authorises the Radio Television Authority to issue temporary licences to new applicants, also valid until the aforementioned date.

An amending draft law aiming at extensive changes to the basic law to make possible – inter alia – the issuance of permanent licences was sent to the House of Representatives in 2013 (see IRIS 2013-10:1/13). The draft law was later withdrawn by the government for further study, with no date set for the return to the House.

Amending law 94(I)/2015 of the Law 7(I)/2015 on Radio and Television Organisations is available in Greek language at:

http://www.cylaw.org/nomoi/arith/2015_1_94.pdf

Christophoros Christophorou, Political analyst, Council of Europe expert in Media and elections

CZ: Large fine for M7 Group in Czech Republic

In its monitoring report of June 2015, the Czech Telecom Office (CTU) announced, that it has fined the M7 Group which operates the DTH platforms Skylink and the CS Link to the amount of CZK 9.5 million (€350,660) for failing to inform the regulator about the commencement of its activities in the country.

The Czech law requires the providers of electronic communication services to register the start of their activities with the CTU. The Group M7 is one of the major service providers of electronic communications in the Czech Republic. Its services are distributed by Astra and received by one tenth of the country's population. The company performs communication activities in the Czech Republic since 1 January 2013, but has only met its reporting obligation last year on 28 May 2014.

In a statement the CTU says that the amount of the fine reflects the seriousness of the offence and the duration in which the company carried out its communication activities without authorisation. Furthermore, the long-term illegal status had a significantly negative affect on the statistical data for the years 2013 and 2014 which was dealt with not only by the CTU, but also by other government authorities, by the judiciary, and by international organizations and the European Union". The M7 Group has defended itself by saying that it acted in good faith and on the basis of the belief, that it was no "electronic communication service" as defined by article 2 lit c of the European Framework Directive (2002/21/EC), since it only provided content. Therefore, it believed not to be obligated to inform the regulator about the commencement of its activities.

The Monitoring Report Bulletin of CTÚ of June 2015 (Monitorovací zpráva CTÚ červen 2015) is available in Czech language at:

http://www.ctu.cz/cs/download/monitorovaci_zpravy/monitorovaci_zprava_06-2015_cerven.pdf

Jan Fučík, Česká televise, Praha

ES: Spanische Rundfunkaufsichtsbehörde stellt Verstöße gegen Werbevorschriften fest

Mit zwei Entscheidungen vom 9.4.2015 hat die spanische Rundfunkaufsichtsbehörde (Comisión Nacional de los Mercados y la Competencia, CNMC) Sanktionen gegen spanische Mediendiensteanbieter wegen Verstößen gegen werberechtliche Vorschriften ausgesprochen.

Sowohl Atresmedia – SNC/DTSA/1753/14/ATRESMEDIA – als auch Mediaset – SNC/DTSA/1748/14/MEDIASET – haben nach Ansicht der Behörde durch die Art der Einfügung von Werbung in das Programm die Integrität der unterbrochenen Sendungen verletzt. Sendungen unterschiedlicher Genres seien wiederholt inmitten von Szenen und Dialogen unterbrochen worden, teilweise sogar mitten in Sätzen und Wörtern.

Die Veranstalter verwiesen auf eine besondere Werbeform („pauta única“, etwa „einheitliches Muster“), bei der auf mehreren Kanälen einer Sendergruppe zur selben Zeit derselbe Werbespot ausgestrahlt werde. Der Zeitpunkt der entsprechenden Ausstrahlung orientiere sich an den Sendeplänen der reichweitenstärksten Sender der Gruppe. Auf die in diesen Momenten auf den kleineren Sendern laufenden Inhalte könne nicht immer Rücksicht genommen werden.

Dieses Argument ließ die Behörde nicht gelten. Die Anbieter seien zwar frei, innerhalb des rechtlich Zulässigen neue Werbeformen zu etablieren. Die sich daraus ergebenden praktischen Probleme dürfen jedoch nicht auf die Zuschauer abgewälzt werden. Beide Mediendiensteanbieter wurden daher mit einer Geldbuße in Höhe von EUR 150.000 belegt.

In einer weiteren Entscheidung gegen Mediaset vom 16.4.2015 – SNC/DTSA/1634/14/MEDIASET – rügte die CNMC eine Überschreitung der maximal zulässigen Werbedauer. Im Wesentlichen ging es um Hinweise der Fernsehsender Telecinco, Cuatro und FDF auf eigene Programme, für die gemäß des spanischen Gesetzes über die audiovisuelle Kommunikation (Ley 7/2010 General de la Comunicación Audiovisual) eigene stündliche Limits gelten (fünf Minuten). Nach Ansicht der Behörde hätten die Fernsehsender allerdings einen zu weiten Begriff des „eigenen Programms“ herangezogen und damit die Hinweise der falschen Kategorie zugeordnet. Stattdessen seien die Hinweise als klassische Werbung anzusehen. Aus diesen Gründen hat die Behörde insgesamt sechs Überschreitungen an mehreren Tagen im Juni 2014 festgestellt und hierfür eine Geldbuße in Höhe von EUR 49.263 verhängt.

Die Entscheidungen der CNMC vom 9.4.2015 und 16.4.2015 sind abrufbar unter:

http://www.cnmc.es/Portals/0/Ficheros/Telecomunicaciones/Resoluciones/2015/1504_Abril/150409_Res_SNC-DTSA-1753-14-ATRESMEDIA.pdf

http://www.cnmc.es/Portals/0/Ficheros/Telecomunicaciones/Resoluciones/2015/1504_Abril/150409_Res_SNC-DTSA-1748-14-MEDIASET.pdf

http://www.cnmc.es/Portals/0/Ficheros/Telecomunicaciones/Resoluciones/2015/1504_Abril/150416_RES_SNC-DTSA-1634-14-MEDIASET.pdf

Peter Matzneller, LL.M. Eur.

FR: The French Intelligence Bill approved by Parliament

Reacting to the Charlie Hebdo attacks, and only a few months after the adoption of the French Anti-Terrorism Act on 13 November 2014, the government decided to reinforce the provisions relating to the fight against terrorism and to tighten its laws on crimes committed on the Internet. As a consequence, on 19 March 2015, a new bill on intelligence was presented by the French Prime Minister before the National Assembly.

The purpose of this new bill is to substantiate the legal framework on intelligence by defining the missions of the intelligence services, the authorization process for using interception techniques, and their control. Indeed, this new bill strengthens the intelligence services' means of action by allowing said services to use techniques of access to information hitherto not formally legalized. However, an authorization process shall be put in place to authorize the use of interception techniques by intelligence services, authorization to be given by a new Authority of control to be created, the CNCTR, under certain conditions.

Despite the procedure envisaged, this new bill is highly criticized by several associations defending civil liberties as well as private companies as it is seen as legalizing mass surveillance without guarantee for individual freedoms and privacy as justice does not intervene a priori, and thus may constitute a French Patriot Act.

As the government initiated a fast-track procedure, less than two months were necessary to adopt the final text: adopted at first reading by the National Assembly on 05.05.2015, on 24.06.2015, the Parliament adopted the final text approved at the end of the joint committee debate held on 16.06.2015.

Nevertheless, it is worth mentioning that the Constitutional Council of France was seized to verify the conformity of the bill on intelligence with the supreme norm, the Constitution, as announced by the President of the Republic on 19.04.2015.

The new Bill on Intelligence is available at:

<http://www.assemblee-nationale.fr/14/dossiers/renseignement.asp>

Elisabeth Quillatre, Legal Advisor

HR: CEM adopts new Rules on the protection of minors in electronic media

After concluding consultations with stakeholders and the interested public, the Council for Electronic Media has adopted new Rules on the protection of minors in electronic media on 27 February 2015.

The main change introduced by the new Rules relates to the protected time period.

The time period, in which programmes intended for viewers older than 18 may not be broadcast, remains unchanged. It includes the period from 07:00 am to 11:00 pm with a mandatory graphic sign (a transparent circle with an inscribed red number 18) present throughout their duration.

The time period, in which programmes intended for viewers older than 15 may not be broadcast, has changed. These programmes may not be broadcast in the period from 7:00 am to 08:00 pm (previously the period from 7:00 am to 10:00 pm) with a mandatory graphic sign (a transparent circle with an inscribed orange number 15) present throughout their duration.

The programmes which are not suitable for viewers under the age of 12 have no longer a time limit (previously they were not allowed in the period from 7:00 am to 09:00 pm) but they must be recognizable throughout their duration by a prominent graphic sign (a transparent circle with an inscribed green number 12). The novelty in this category is the obligation to announce such programmes by an audible warning: “The following programme is not suitable for persons under the age of 12”.

All media service providers broadcasting in non-encrypted form are obliged to adhere to the prescribed manner of marking the programmes.

Media service providers broadcasting in encrypted form are obliged to ensure the recognisability of programmes by a visual sign (a written warning): “The following programme is not suitable for persons under the age of 12/15/18” immediately before their broadcast.

Rules on the protection of minors in electronic media, Official gazette 28 – 13 March 2015 is available in Croatian language at:

http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2015_03_28_597.html

Nives Zvonarić, Agency for electronic media (AEM), Zagreb, Croatia

HU: NMHH imposes fine on Magyar Telekom

With a press release from 20 March 2015 the Hungarian National Media and Infocommunications Authority (NMHH) has announced, that a HUF 65 million (approximately 215,272 €) fine has been imposed on Magyar Telekom for non-compliance with its obligations regarding the payment of penalties and its obligations to inform the public. NMHH has ordered the service provider in question to modify its penalty management method and to develop an action plan required for the implementation of necessary modifications.

In imposing the fine, the NMHH considered the extent to which the interest of thousands of customers had been affected as a result of the infringement caused by Telekom's penalty policy. This policy led to a temporary financial advantage enjoyed by the service provider, the equivalent of several million forints due to the company's unlawful conduct. The sum of fine imposed on the company turned even higher as a result of the company's proven history of delayed delivery in performing its obligations as a service provider, a deficiency which the NMHH had already highlighted on several occasions, having conducted inquiries on these issues and imposed sanctions. Most of Telekom's infringements were committed within the framework of launching new services. Telekom, acting in a gravely unlawful manner, calculated penalties by using a method devised by the company itself, rather than using calculation guidelines specified by relevant regulations. In several cases, this affected subscribers unfavourably, putting them at a financial disadvantage.

The press release is in English language available at:

http://nmhh.hu/cikk/166074/NMHHs_findings_have_led_to_a_HUF_65_million_fine_to_be_imposed_on_Magyar_Telekom

Gábor Polyák, Mertek Media Monitor, Hungary

IE: High Court verpflichtet UPC zur Einführung der Three-Strikes Regel

Laut Medienberichten hat der Irische High Court in Dublin entschieden, dass der Internet Service Provider UPC Communicatians Ireland Ltd. (UPC) eine Three-Strike-Regel für seine Kunden einführen muss.

Der High Court hatte die Klage dreier Musikkonzerne, Sony Music, Warner Music und Universal Music gegen UPC stattgegeben. Mit der Klage begehren die Kläger die Einführung einer Verpflichtung von UPC, zum Ergreifen von Maßnahmen gegen den illegalen Download von Musik durch dessen Kunden.

Der Irische High Court hat nunmehr Ende März sein Urteil gefällt und UPC hierin verpflichtet, bis zum 29.4.2015 einen Vorschlag zur Einführung eines Three-Strike-Systems vorzulegen. Durch dieses System soll den Nutzern von UPC nach drei Ermahnungen wegen Urheberrechtsverletzungen der Internetzugang durch den Internet Service Provider gesperrt werden.

Eine ähnliche Klage aus dem Jahr 2010 war erfolglos geblieben. Damals hatten fünf Musikkonzerne mit dem gleichen Ziel gegen UPC geklagt. Die damals noch vorhandene Regelungslücke im Gesetz wurde jedoch zwischenzeitlich durch eine Änderung des Copyright and Related Rights Act (2000) im Jahr 2012 geschlossen. Es wird erwartet, dass das UPC-System ähnlich der von Eircom freiwillig eingeführten „Three-Strikes“-Regelung sein wird. (MMR 04/2009, S. XII).

Der Pressebericht bei “The Irish Times“ ist abrufbar unter:

<http://www.irishtimes.com/news/crime-and-law/courts/high-court/upc-ordered-to-take-action-against-illegal-downloaders-1.2156346>

Ref. jur. Robin Zeiger (Rechtsreferendar)

LT: The Lithuanian Audiovisual Authors and Producers Rights Association implemented the Lithuanian Film Foundation

This year the Lithuanian Audiovisual Authors and Producers Rights Association “AVAKA” has implemented a project named “The Lithuanian Film Foundation”. The programme was partially financed by the Lithuanian Ministry of Culture. 25 percent of funding was received from the compensations collected for the reproduction of audiovisual works (copying) for personal needs (applied universal levies on hardware, storage medium etc.), which was introduced in 2012.

The essence of this project was a release of a mobile application allowing viewers to watch films from the Lithuanian film treasury on their tablets and/or smartphones. Currently the database contains a collection of over one hundred classic Lithuanian films created between 1957 and 1981 by more than 108 film directors. All these films were created in the Lithuanian Film Studios. The application is accessible both on Android and iOS devices by entering “KINO FONDAS” into the search field and downloading the application. All available films may be streamed free of charge, while downloading is not allowed.

The programme aims to attract film classics as well as newer Lithuanian films. New Lithuanian filmmakers are welcome to make their films available on this application. The goal is to develop the application into a platform where Lithuanian filmmakers could present their audiovisual works. The project will allow film classics to remain well known and accessible to different audiences.

Information about „The Lithuanian Film Foundations is available at:
<http://www.kinofondas.lt>

Laurynas Ramuckis, Lawyer

ME: Public Service Broadcaster in search for stable financing

The Draft Law on Amendments to the Law on Public Broadcasting Services of Montenegro introduces a new model of financing of the national Public Service Broadcaster (Radio Televizija Crne Gore – RTCG). Instead of a fixed percentage of 1.2 of the general public revenues, the state would allocate 0.3% of the Gross Domestic Product (GDP) for the realization of basic activities of RTCG.

A limitation has been introduced according to which RTCG cannot use funds from the budget of Montenegro for the financing of commercial audiovisual services (cross-subsidization). Also, the funds are conditioned by the signing of an agreement between the Government of Montenegro and RTCG. This way, funding from the budget would increase by around 30%, from an average of 7-8 million Euro.

As explained in the Draft, the reason for the amendments is further harmonization with the EU rules on state subsidies, and also the deteriorating general financial situation which lead to the decrease in RTCG funding of around 3 million Euro from 2009 to 2013.

The proposal was drafted with the help of the European Broadcasting Union, but part of the domestic and international professional public does not support the proposed model. In the Comments to the Law drafted for the OSCE Mission to Montenegro, it was pointed out that these changes would be a step back in terms of the independence of RTCG. The proposed level of financing (state budget as a dominant source of financing) would expose the public service broadcaster to political influence.

Stronger safety mechanisms from state influence are suggested, such as an act on self-regulation, since different models of financing, such as the subscription fee, proved inefficient in practice. The subscription fee model had been in force in 2007 and 2008, but only 30% of the fees, charged with the telecommunication bill and later the electricity bill, were successfully collected. The amendments were drafted in November 2014, but they haven't yet reached the Parliament.

Draft Law on Amendments to the Law on Public Broadcasting Services of Montenegro

<http://www.gov.me/biblioteka/predlozi-zakona>

Financial reports of RTCG

<http://www.rtcg.me/rtcg/poslovanje.html>

Communication from the Commission on the application of State aid rules to public service broadcasting (2009/C 257/01)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:257:0001:0014:EN:PDF>

Comments to the Draft Law on Amendments to the Law on Public Broadcasting Services of Montenegro

http://www.ardcg.org/index.php?option=com_docman&task=doc_details&gid=1253&Itemid=26

Daniela Brkic, KRUG Communications & Media, Montenegro

RO: Regulations on the status of orphan works

On 3 June 2015 the Romanian Government adopted a Draft Law for the completion of the Law no. 8/1996 on copyright and related rights (Legea nr. 8/1996 privind dreptul de autor și drepturile conexe). The document is the response of the Government to the infringement procedure against Romania triggered by the European Commission on 27 May 2015. The European Commission launched the infringement procedure against Romania and five other EU countries after giving through a reasoned opinion a term of two months to communicate the transposition of the Directive 2012/28/CE on orphan works into national legislation. The term for the transposition was 29 October 2014.

The Draft Law transposes the Directive 2012/28/CE on certain permitted uses of orphan works into national legislation. The act aims to facilitate the digitization and dissemination of works and other objects protected by copyright or related rights and for which the copyright holder could not be identified or located. Before a work or phonogram is to be considered "orphan" a diligent search of the rightholders has to be carried out in good faith. The diligent search is done by consulting the appropriate sources for each category of works and protected objects and it must be carried out prior to their use. If the copyright holder is subsequently identified or located, that work or phonogram does not fall under the "orphan status" any longer. Not covered by the regulation are anonymous and pseudonymous works, which do not belong in the category of orphan works.

According to the Draft Law adopted by the Romanian Government, the orphan work status applies to several categories of works and phonograms protected by copyright or related rights that have been published or broadcast for the first time in an EU Member State: books, journals, newspapers, magazines or other writings, plus cinema, audiovisual and phonogram works that are in the collections of libraries, educational establishments or museums accessible to the public, as well as archives or collections of film heritage institutions, as well as phonograms, audiovisual and cinematographic works produced by public broadcasters until 31 December 2002 inclusive, which are in their archives. If a work or phonogram is considered an orphan work in another EU State, it is also considered an orphan work in Romania and can be used and accessed in accordance with the Draft Law.

Libraries, educational establishments and museums accessible to the public, archives, film heritage institutions and phonograph public institution broadcasters can use orphan works by making them available to the public and by reproducing them for the purpose of digitization, making available, indexing, cataloging, preserving and restoring.

The institutions mentioned above can use an orphan work only in order to achieve the goals of their public interest missions, notably the preservation of the works and phonograms of their collections and providing access for cultural and educational purposes. These bodies may obtain income from the use of orphan works exclusively for covering the costs of digitization and their release to the public.

The stipulations of the Draft Law shall not prejudice the provisions on patents, trademarks, industrial designs, utility models, topographies of semiconductor products, type faces, conditional access, the access of radio and TV services to cable broadcasting, the protection of national treasures, legal deposit requirements, restrictive practices and unfair competition, trade secrets, security, confidentiality, data protection and privacy, access to public documents, the law of contract, freedom of the press and freedom of expression of mass-media.

In the absence of these new provisions, the digitization, reproduction and making available to the public of orphan works would not have been possible, since the exclusive rights of copyright holders in terms of reproduction and making available to the public imply prior agreement of their authors.

The *Reglementări privind statutul "operelor orfane" – Guvernul României comunciat de presă 03.06.2015* (Regulations on the status of "orphan works" Romanian Government press release 03.06.2015) is available at:

<http://gov.ro/ro/guvernul/sedinte-guvern/reglementari-privind-statutul-operelor-orfane>

The article *CE declanșează două proceduri de infringement pentru România una în domeniul bancar și celalată pe legislația drepturilor de autor, Euractiv 28.05.2015* (The EC triggers two infringement procedures against Romania: one in the banking field and the other on the copyright legislation, Euractiv 28.05.2015) is available at

<http://www.euractiv.ro/ro-ue/CE-declanseaza-doua-proceduri-de-infringement-pentru-Romania-una-in-domeniul-bancar-si-celalata-pe-legislatia-drepturilor-de-autor-663>

Eugen Cojocariu. Radio Romania International

RS: Digital Switch Over completed

The Republic of Serbia has signed and ratified the Agreement for Digital Broadcasting (GE06) and the Regional Radiocommunication Conference (RRC 06) which prescribed the obligation of digital transition of the television for European countries by 17 June 2015. The switch over from analogue to digital terrestrial television in the country was officially completed on 7 June 2015, just ten days before the deadline. The National Broadcasting Agency „Broadcasting Technology and Links“ (Emisiona Tehnika i Veze – ETV) founded by the Government of the Republic of Serbia in the year 2009 is responsible for the technical aspects of the digital transition as it is the exclusive operator of digital terrestrial networks and multiplexes.

The regulatory framework for the Digital Switch Over (DSO) consisted of the Strategy for the Transition from Analogue to Digital Signal in the Republic of Serbia (adopted in 2009, and amended in 2012 and 2013), the Law on Electronic Communications (adopted in 2010 and amended in 2014), the Law on Electronic Media (adopted in 2014), and the Rulebook on the DSO (adopted in 2010 and amended several times). Originally, the DSO was planned to be completed by 4 April 2012 following the EU policy in the area. However, this plan proved to be too ambitious due to the lack of vacant frequencies for the purpose of testing the digital signal.

In 2012 the amendments to the Strategy have completely changed the concept of the DSO by introducing a phase roll out instead of an one-day switchover process. Other changes that were implemented include the launch of an initial network for testing of the digital signal and postponing of the final DSO deadline. Main conditions for the DSO that were prescribed in the regulatory framework included the setting up of the final network and the creation of the user base, i.e. providing an appropriate number of set-top boxes or TV receivers which support DVB - T 2 signal and MPEG 4 compression standard, as well as the provision of the assistance to the socially endangered categories of population and the launch of the promotional campaign. The costs of the DSO were initially estimated at 75 million EUR, but the final calculations show that not more than 40 million EUR were spent. The initial network was launched in March 2012. At the very beginning the initial network operated from 15 locations covering 15-20% of the population. By 2015 the digital signal was broadcast from 74 locations covering up to 93% of the population.

The Government of the Republic of Serbia adopted a help scheme in 2014. According to that scheme, vouchers were distributed to socially endangered categories of population enabling them to acquire set-top boxes. In parallel, once there was a sufficient supply of set-top boxes and digital TV receivers on the market, it was concluded that the main prerequisites for the DSO were set in place. The first digital regions were switched off in March 2015, while the final regions were switched off on 7 June 2015. At the moment 38% of households in Serbia do rely on terrestrial signal reception. Some DSO related problems were reported in western parts of Serbia after the switch off that occurred in early June, but those appear to be solved and the network is, according to official reports, working properly at the moment. The regulatory Authority for Electronic Media has replaced all the analogue terrestrial television broadcasting licenses with digital ones. All licensed broadcasters will continue to provide services in accordance with the original terms of their licenses and they are all guaranteed a sufficient capacity in the multiplex.

The major concern at the moment is the future of the local broadcasters, since their transmission costs would now be higher. ETV granted significant discounts, however, those will only be valid until the end of 2016.

The press release of 7 June 2015 by the Ministry of Trade, Tourism and Telecommunications is available at:

<http://mtt.gov.rs/slider/srbija-od-danas-u-potpunosti-digitalizovana/?lang=lat>

The press release of by the digital network and multiplex operator ETV is available at:

<http://etv.rs/87-etvakcije/283-od-danas-bez-analognog-signala>

Slobodan Kremenjak. Attorney at law, Živković Samardžić law office Belgrade

SK: New Copyright Act adopted

On 5 August 2015, the new Copyright Act No. 185/2015 Coll. was published in the official collection of law and will come into effect on 1 January 2016.

The key motive of producing a new Copyright Act were the essential changes relating to the exploitation of protected works on the internet that developed in the last decade. The progress of the digital environment caused uncertainty on the side of rights holders as well as on the side of users and industry. The preceding Copyright Act did not meet the requirements of the so-called internet economy as well as other sectors such as education, culture, and the public sector (e.g. open source education, repetitive exploitation of the protected data from the public sector or the exploitation of protected works by galleries, museums, libraries or archives). The aim of the legislators was to introduce legal norms that will secure a balance between the protection of the rights holders' and users' interests as well as legitimate access to protected works. The new Act shall also strengthen the enforcement of granted rights as well as improve the public control over the collective societies.

The new Act fully transposes the Directive 2001/29/EC and recognizes the latest case law of the Court of Justice of the European Union. For instance, the exception from the right to authorize or prohibit any reproduction of the protected work for a natural person's private use now explicitly states that the reproduction may be produced only from a legal source. A new exception from the reproduction right with respect to the caricature, parody or pastiche was introduced. The exception of the usage for the benefit of people with disability was complemented with new provisions on audio commentary, closed captions or audio books. The exception with regard to the incidental usage of a work or other subject-matter in non-related material was elaborated, so it clearly covers situations like incidental shots at running TV screens or a car with the radio turned on during a non-related audiovisual production. New exceptions for the purpose of the maintenance, or the demonstration of the functionality, or features of the technological equipment were also introduced.

The new law – for the first time in the Slovak legal system – explicitly distinguishes between audiovisual works and so-called used audiovisual works. The used audiovisual works further differ from pre-existent works which were created regardless of the audiovisual work (e.g. a book or music which was not primarily written or composed for a film adaptation) and works created explicitly for given audiovisual work (e.g. script, dialogues, music composed exclusively for a given audiovisual work). The notion of the rights to the audiovisual works is aligned with the continental conception „droit d'auteur“ where the author of an audiovisual work is always a natural person and the exercise of these rights may be transferred from the authors to the producer.

The new Act also introduced an extended collective license agreement which covers all works or other protected subject-matters including the ones of rights holders which are not represented by the collective society unless they explicitly ruled out this possibility (opt-out regime). Last but not least, to respond to the ongoing development of the digital environment, the new law introduced a multi-territorial license agreement for the online use of music.

The new Copyright Act No. 185/2015 Coll. Is available in Slovakian language at:
<https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2015/185/20160101>

Juraj Polak, Senior legal adviser at Radio and Television of Slovakia (PSB)

UK: High Court of Justice wendet sich mit einer Vorlagefrage zu Zugang zum Kabel von Sendediensten (Art. 9 InfoSoc-RL) an den EuGH

Mit seiner Entscheidung vom 26.3.2015 ([2015] EWCA Civ 204) setzt der High Court of Justice das Verfahren zwischen TVCatchup und britischen TV-Sendern über die Möglichkeit des Streamens von Programmen über das Internet aus, um dem EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens mehrere Fragen zur Auslegung von Art. 9 der InfoSoc-RL (2001/29/EG) vorzulegen. Bei der Formulierung der Fragen, die dem EuGH zur Vorabentscheidung vorgelegt werden sollen, bezieht der High Court of Justice die Parteien mit ein. TVCatchup ist ein britischer Betreiber einer Internet-TV Website, die die Programme diverser britischer Fernsehsender als Stream zum Abruf anbietet. Die betroffenen Sender (ITV, Channel 4 und Channel 5) klagten gegen die Weiterverbreitung sowohl ihrer öffentlich-rechtlichen Programme (ITV1, C4 and 5) als auch der von Ihnen verbreiteten privaten Programme (ITV2, ITV3, ITV4, E4, etc.). Section 73(2)(b) des Copyright, Designs and Patents Act (1988) enthält eine Schranke des Urheberrechts für die Kabelweiterverbreitung öffentlich-rechtlicher Sender über „cable“, soweit sie nur innerhalb der Region gesendet werden, in der sie ohnehin mit einem herkömmlichen TV-Gerät empfangen werden können. Die Schrankenbestimmung erlaubt eine solche Kabelweiterverbreitung, ohne dass es der Erlaubnis des ursprünglich ausstrahlenden Senders oder der sonstigen Rechteinhaber bedarf.

Die Vorinstanz stellte fest, dass das dem Internet zugrunde liegende Kabelsystem, das die Rechner weltweit miteinander verbindet, als „cable“ im Sinne der Vorschrift zu verstehen ist. Daher kann TVCatchup die öffentlich-rechtlichen Programme weiter über seine Website empfangbar machen, soweit das Angebot regional begrenzt nur dort genutzt werden kann, wohin die Sender ihr Programm ohnehin ausstrahlen. Ausgenommen wurde allerdings die Übertragung auf mobile Endgeräten über Mobilfunknetzwerke, da diese jedenfalls nicht unter den Begriff „retransmission by cable“ subsumiert werden könnten. Die Sender legten Berufung ein, da nach ihrer Ansicht der Begriff „cable“ im Unionsrecht eng auszulegen sei. Damit seien lediglich die dedizierten Kabelnetzwerke der konventionellen Kabelnetzbetreiber (z.B. Virgin Media / Kabel Deutschland) gemeint, nicht aber jede mit Kabel verbundene Infrastruktur. TVCatchup legte seinerseits Berufung ein mit der Begründung, dass dem Begriff „cable“ auch Übertragungen auf Mobilgeräte unterfallen sollten, da das Signal zumindest überwiegend kabelgebunden transportiert worden sei, bis es auf dem Mobilgerät ankommt.

Der High Court of Justice wies die Berufung von TVCatchup nun zurück, da eine Übertragung auf mobile Endgeräte über (Mobil-)Funk unter keinen Umständen „retransmission by cable“ darstellen könne. Die Berufung der Rundfunksender dagegen brachte das Gericht dazu, sich mit Art. 9 der InfoSoc-RL auseinanderzusetzen. Dieser regelt die Weitergeltung bestehender nationaler Rechtsvorschriften, die von der Richtlinie unberührt bleiben sollen und nennt dabei insbesondere Regelungen betreffend den „Zugang zum Kabel von Sendediensten“. TVCatchup argumentierte, dass es sich bei der Schrankenbestimmung (S.73 CDPA) um eine solche Regelung handelt. Damit landet das Verfahren zum zweiten Mal beim EuGH, nachdem dieser sich zuvor bereits mit der Frage auseinandergesetzt hat, ob es sich bei der Weitersendung eines Fernsehprogramms via Internet-Stream um ein öffentliches Zugänglichmachen im Sinne der InfoSoc-Richtlinie handelt (Becklink 1025300).

Die Entscheidung des High Court of Justice ist abrufbar unter:
<http://www.bailii.org/ew/cases/EWCA/Civ/2015/204.html>

Ref. jur. Gregor Euskirchen (Rechtsreferendar)

US: Court of Appeals rules NSA program illegal

The United States Court of Appeals for the Second Circuit ruled on 7 May 2015 that the National Security Agency's program that systematically collects Americans' phone records in bulk ("Metadata Program American Civil Liberties Union" or "Program") is illegal. The court upheld the legal challenge filed by the American Civil Liberties Union, finding that the Program exceeds the scope of what Congress authorized. It remanded the case back to the lower court to determine whether a preliminary injunction should be granted.

The Court was asked to determine whether the Program was authorized by section 215 of the USA PATRIOT Act, which was passed in the wake of the terror attacks of 11 September 2001. Section 215 provides the Federal government authority to require the production of "any tangible things (including books, records, papers, documents, and other items) for an investigation to obtain foreign intelligence information not concerning a United States person or to protect against international terrorism or clandestine intelligence activities.

In order to qualify under section 215, the data requested must be relevant to an "authorized investigation." The government contended that the metadata collected is relevant even though a vast amount of the data collected does not contain directly relevant information because the records may allow the NSA to identify information that is relevant at some unknown time in the future by sifting through the data. The court rejected that argument, finding that interpretation would read the "authorized investigation" language out of the statute. Instead, it found that relevance must be determined in relation to the particular subject of an investigation. The Court found that the government failed to meet that standard because it has not attempted to identify any particular "authorized investigation" or an "on-going systematic examination of any particular suspect, incident, or group."

The Court also rejected the government's argument that Congress ratified the NSA's interpretation by reauthorizing section 215 in 2010 and 2011, explaining that congressional ratification of judicial interpretations of a statute by reauthorization cannot overcome the plain meaning of a statute and because Congress cannot reasonably be said to have ratified a program of which many members of Congress – and all members of the public – were not aware. The Court noted in its dicta that section 215 is scheduled to expire on 1 June 2015 and that Congress is currently debating whether and how to reauthorize the Program. As a result, it concluded that allowing the program to remain in place for a few weeks while Congress decides whether and under what conditions it should continue is a "lesser intrusion on appellants' privacy.

The American Civil Liberties Union, praised the ruling as a "victory for the rule of law that should spur Congress into action." The Federal government can appeal the ruling to the full appeals court, or to the Supreme Court.

The decision of the United States Court of Appeals for the Second Circuit is available at:

http://www.ca2.uscourts.gov/decisions/isysquery/764b98e5-7846-4e63-8f2e-d568aa782061/1/doc/14-42_complete_opn.pdf

Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc

UZ: Neues E-Commerce Gesetz verabschiedet

Am 22.5.2015 unterzeichnete der Präsident der Republik Usbekistan ein Gesetz über den elektronischen Handel (ferner „E-Commerce Gesetz“). Der Text des E-Commerce Gesetzes wurde am nächsten Tag in der Zeitung „Xalq so‘zi“ (auf Deutsch: „Das Wort des Volkes“) veröffentlicht, was zugleich das Inkrafttreten des Gesetzes bedeutet. Der Entwurf des Gesetzes wurde vom parlamentarischen Komitee für Fragen der Informations- und Kommunikationstechnologien ausgearbeitet und am 17.4.2015 von der Legislativkammer des Parlaments (Oliy Majlis) verabschiedet. Der Senat bewilligte das Gesetz am 15.5.2015.

Bei diesem Gesetz handelt es sich um eine neue Fassung des seit 2004 geltenden E-Commerce Gesetzes (Закон «Об электронной коммерции»). Das frühere Gesetz vom 29.4.2015 bestand aus 14 Artikeln und wurde bisher weder geändert noch ergänzt. Das Gesetz regelte hauptsächlich den Status der Teilnehmer des elektronischen Handels und die Vertragsschließung in elektronischer Form. Die nun aus 20 Artikeln bestehende redigierte Fassung des E-Commerce Gesetzes enthält zusätzliche Normen über die Prinzipien des E-Commerce und über die Staatspolitik in diesem Bereich.

Außerdem wurde das Gesetz um eine datenschutzrechtliche Norm erweitert. So bestimmt der Artikel 18 des neuen Gesetzes die Nutzung von personenbezogenen Daten im E-Commerce folgendermaßen:

Die Nutzung von personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken als zum Zwecke des Vertrages im elektronischen Kommerz sowie deren Weitergabe an Dritte ist nicht erlaubt, soweit nichts anderes in der Vereinbarung der Parteien und (oder) in der Gesetzgebung vorgesehen ist.

Nicht zulässig ist die Nutzung von personenbezogenen Daten ohne Zustimmung der Besitzer (unter „Besitzer“ ist höchstwahrscheinlich der „Betroffene“ gemeint – S.A.) für die Verbreitung von Angeboten und (oder) Werbung, einschließlich im Wege der Massenverbreitung von elektronischen Unterlagen oder elektronischen Mitteilungen.

Die gesetzlichen Grundlagen im Bereich E-Commerce in Usbekistan bilden neben dem obengenannten Gesetz auch das Gesetz über die elektronischen Zahlungen, das Gesetz über den elektronischen Dokumentenverkehr und das Gesetz über die elektronische Signatur.

Die frühere Fassung des Gesetzes über E-Commerce von 29.4.2004 ist in russischer Sprache abrufbar unter:

http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=165497

Die neue Fassung des E-Commerce Gesetzes ist in russischer Sprache abrufbar unter:

<http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208->

[%](http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208-%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8-%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD)

[D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-](http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208-%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8-%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD)

[D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%B](http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208-%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8-%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD)

[A%D0%B8-](http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208-%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8-%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD)

[%](http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208-%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8-%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD)

[D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0](http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208-%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8-%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD)

[%](http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208-%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8-%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD)

[D0%BD](http://narodnoeslovo.uz/index.php/rasmij/ofitsialnie-dokumenti/item/4208-%D0%B7%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%BD-%D1%80%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8-%D1%83%D0%B7%D0%B1%D0%B5%D0%BA%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD)

Samandar Atoev, LL.M., Doktorand der rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Impressum

„Europäisches Medienrecht – der NEWSLETTER“ ist ein Service des Instituts für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR)

Redaktion:

Institut für Europäisches Medienrecht (EMR)
Franz-Mai-Str. 6
D-66121 Saarbrücken

Telefon+49 681 99275 11

Fax +49 681 99275 12

Mail emr@emr-sb.de

Web www.emr-sb.de

Verantwortlich: Gianna Iacino, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Oktober 2015

Das EMR kann keine Verantwortung für den Inhalt der im Newsletter angegebenen Referenzen (Links) übernehmen.

Alle Autoren sind, soweit nicht anderweitig ausgewiesen, Mitarbeiter des Instituts.

Wir danken den Mitgliedern des *EMR Media Network* für die Zulieferung der Berichte.

Übersicht der verwendeten Länderkürzel/Kurzbezeichnungen:

AL: Albanien	AT: Österreich	AU: Australien
BA: Bosnien-Herzegowina	BE: Belgien	BG: Bulgarien
CA: Kanada	CH: Schweiz	CoE: Europarat
CY: Zypern	CZ: Tschechische Republik	DE: Deutschland
DK: Dänemark	EE: Estland	ES: Spanien
EU: Europäische Union	FI: Finnland	FR: Frankreich
GR: Griechenland	HR: Kroatien	HU: Ungarn
IE: Irland	IN: Indien	IS: Island
IT: Italien	LI: Liechtenstein	MA: Marokko
MD: Moldawien	ME: Montenegro	MK: Mazedonien
MT: Malta	NL: Niederlande	NO: Norwegen
LT: Litauen	LU: Luxemburg	LV: Lettland
PL: Polen	PT: Portugal	RO: Rumänien
RS: Serbien	RU: Russland	SE: Schweden
SI: Slowenien	SK: Slowakische Republik	TR: Türkei
UK: Vereinigtes Königreich	UN: Vereinte Nationen	US: Vereinigte Staaten
UZ: Usbekistan		